

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Vellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 40.

Donnerstag den 1. April 1920.

20. Jahrgang.

Die trauernde Welt.

Fünf trauernde Charfreitage haben wir nunmehr hinter uns liegen. Aber die ersten davon waren doch noch getragen von der Hoffnung, der Hoffnung auf eine freundlichere Zeit, auf die Wiederkehr der alten Zeit sonnigen Wohlbefindens, dessen wir uns vor dem Kriege jahrzehntelang erfreut haben. Jetzt in der Trübsal merkt ja der Mensch erst, wie gut es vordem war. Die gesamte Bevölkerung hatte gut zu essen, wohnte, soweit das in unserem Erdenleben überhaupt möglich ist, im allgemeinen befriedigend, und wenn es einem schlecht ging, durch eigene Schuld oder auch durch ein widriges Schicksal, dann standen tausend Hände hilfsbereit.

Zufrieden sind wir ja auch damals nicht gewesen. Wie soll die Menschheit überhaupt zufrieden werden? „Im Schweisse deines Angesichts sollst du dein Brot essen“ steht schon im ältesten und größten Weisheitsbuch der Menschheit mit diesen Worten geschrieben. Wir müssen und sollen uns plagen und mühen und sorgen auf dieser Welt, und diese Mühe und Plage wird mit jeder Kulturerrungenschaft, jeder Aufbesserung unserer Lebenshaltung größer.

Das ist ja das Verhängnis der Menschheit. Der Raum der Erde reicht nicht für die wachsenden Massen, die sie bevölkern. Bedeutende Geographen haben gerade neuerdings auf diese Erscheinung immer nachdrücklicher hingewiesen. Die heißen Zonen der Erde, wo der freiwillige Ertrag der Landwirtschaft Nahrung in ausreichendem Grade bot, sind in den Hintergrund getreten; ihre Bedeutung für die Menschheit ist nicht groß genug. Die Menschheit mußte sich in unwirtlichere Striche zurückziehen und dort in immer härterer Arbeit den Kampf ums Dasein aufnehmen; und je mehr die Bevölkerung anschwellt, desto härter wurde der Kampf, der Kampf zwischen dem Einzelnen um den besten Brotpfad, der Kampf unter den Ständen, der Kampf unter den Völkern. Es ist Jervahn, genährt von verschraubten einseitigen urteilslosen Theoretikern, zu glauben, der Krieg wäre das Menschenwerk einzelner, oder er wäre das Werk einzelner Stände und Klassen. Entweder ist der Krieg, wie es tiefersehenden Beurteilern die Kulturgeschichte auf allen Wältern lehrt, das Ergebnis geistiger Irr- und Wirrnisse, eine Reaktion, eine Loslösung einer durch die Ueberkultur, durch dauernde einseitige geistige oder körperliche Anspruchnahme der Menschheit erzeugte Nervenerregung, die große Taten, im Dienste der Vernunft gesehen, Dummheiten und Wesenheiten herbeiführt; oder aber, der Krieg ist ein Mittel nach besseren Weisheiten, ein Stück Expansion der Völker. Europa hat in den letzten hundert Jahren seine Einwohnerzahl verdreifacht. Es konnte seine Massen nicht ernähren, wenn seine Kaufleute nicht in die Welt gingen und gegen die industriellen Arbeitsprodukte Europas fremde Landeserzeugnisse, für Ernährung und für eben diese erworbene Bezahlung Rohstoffe eintauschten. Und weil dabei unter den europäischen Völkern der Gegensatz immer größer wurde, wurde diese Ueberpannung des Wettbewerbes an dem Weltmarkt die Ursache zum Kriege; die Frage der unmittelbaren Veranlassungen zum Kriege, die Frage der Gruppierung der Völker — alles gerade gegen uns — können dabei ganzlich aus dem Spiele bleiben; sie sind nebensächlicher Natur. Ein großer Krieg mußte auf jeden Fall kommen, wenn nicht die Völker freiwillig ihren ungeheuren gesteigerten Lebensstandard herabschrauben wollten, — eine Zumutung, die niemandem gestellt werden konnte.

Und nach dem Kriege kam die Umwälzung, kam der Geist der Anarchie und Unrast über uns. Eine volle Erschütterung des seelischen Gleichgewichts, ein totales Schwanken jedes ernsthaften Rechtsbegriffes, ein Ersatz der gesunden Vernunft durch unfaßbare, unmaßbare Instinkte. Unser körperliches Unbehagen, unter dem wir seit Kriegsbeginn leiden, das uns bei dem wachsenden Mangel an Nahrungsmitteln immer schärfer peinigt, hat den Kulturkreis durchbrochen und bei weniger geistigten Naturen des seelischen Gleichgewichts zerstört. Mit welchem Erfolge, das sehen wir nun schon seit langem von Tag zu Tag. Ein ehreloses Schleichtum feiert grauenhafte Orgien der Genußsucht, ohne das Genuß zu verstehen, und peitscht damit die Sucht der hungernden Massen nach halbwegs befriedigtem Auskommen hergehoch empor, sodaß es im Guten nicht abgehen kann.

Es war noch kein Charfreitag so trübe wie der diesjährige. Wir stecken tief im Sumpfe, und nur entschlossener Wille zum Guten aller kann uns retten. Wir müssen uns von der geistigen Ueberbitterung freimachen, wir müssen uns wieder auf uns selbst besinnen, uns frei machen von verwirrenden, halbwayen Schlagworten eitlem Schwärmer. — Die Welt wird ja doch, das sollen wir nicht vergessen, von der Gerechtigkeit regiert; aus gesunder Vernunft heraus gibt sich keiner für diese Quälerei her.

Der Charfreitag, der stille Tag, ist immer ein Tag der Einsicht gewesen. Möge er es diesmal für unser Volk in besonderem Grade sein.

Strafverfolgung der Rapp-Hänger.

Die Voruntersuchung gegen die Anführer vom 13. März.

Wie der neue Reichsjustizminister Dr. Bruns am Montag in der Deutschen Nationalversammlung mitteilte, hat das Reichsgericht die Voruntersuchung wegen Hochverrats eröffnet gegen den „Anstaltsangehörigen“ Rapp, gegen den „Minister des Innern“ der Rapp-Regierung v. Jagow, den „Reichswirtschaftsminister“ Dr. med. Schiele-Raumburg, Hr. v. Falkenhäusen, Unterstaatssekretär Döbe, Major a. D. Pabst, Oberst a. D. Bauer (früher bei der D. S. L.) und den Pressesekretär der Rappregierung Rechtsanwalt Brederet.

Unterstaatssekretär a. D. v. Falkenhäusen, den Rapp bekanntlich zum Chef der Reichsanzelei gemacht hatte, ist in Brandenburg a. d. Havel verhaftet und dort bereits gerichtlich vernommen worden. Er wurde nach Leipzig gebracht und dort vom Untersuchungsrichter vernommen. Die Vermögensbeschlagnahme gegen die Angehörigen des Rapp-Büro-Putsches ist vom ersten Ersuchen des Reichsgerichtes beschlossen worden.

Wegen der Kiefer Vorgänge ist die Voruntersuchung gegen den Admiral a. D. v. Devegou, Major a. D. v. Winterfeld, Oberbürgermeister Lindemann, Regierungspräsident Pauli (Schleswig) und Landrat Freiherr v. Bbo eröffnet worden. Freiherr v. Bbo ist verhaftet, Pauli befindet sich in Schutzhaft, die übrigen Angehörigen sind flüchtig. Der Oberreichsanwalt hat die Genehmigung des Nationalversammlung zur Strafverfolgung und Verhaftung des Abg. Tr. a. u. b., der den Posten des Kultusministers in der Rappregierung übernommen hatte, nachgesucht.

Die Steckbriefe gegen die wegen Hochverrats beschuldigten Personen sollen nicht nur im Fahndungsblatt, sondern auch in den Tageszeitungen und an den Einschlagkästen veröffentlicht werden. Für zweckdienliche Beiträge zur Aufklärung des Sachverhalts oder zur Ueberführung oder Ergreifung eines Angehörigen wird eine Belohnung bis insgesamt 10 000 Mk. ausgesetzt.

Haftbefehl gegen Lüttich.

Gegen den General v. Lüttich ist nunmehr außer dem Haftbefehl des militärischen Oberbefehlshabers auch durch die zuständige Gerichtsstelle, das Kommandanturgericht Berlin, ein Haftbefehl erlassen worden. General Lüttich, der auf seiner Flucht am 18. März vergeblich auf dem Gut Gredsdorf bei Angermünde ein Asyl gesucht und sich in der Försterei Klambach bei Joachimsthal dem Reichsjustizminister zur Verfügung gestellt hatte, war, als die Exekutivbeamten mit dem Schutzhaftbefehl ihn dort aufsuchten, nicht mehr angetroffen. Auch in seiner Wohnung in Berlin war der General v. Lüttich nicht zu ermitteln und ist seither verschwunden.

Verabschiedete Offiziere.

Wie aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt wird, haben infolge der letzten Ereignisse nachstehende Offiziere ihre Verabschiedung erbeten bzw. sind in ihren Stellungen ersetzt worden: Generalleutnant von Esch, Generalleutnant von Bernuth, die Generalmajore von Grodd, Freiherr von Diepenbrock-Grüeter, v. d. Hardt, Märker, von Lettow-Worbeck und Hagenburg, die Obersten Freiherr von Wangelheim, von Oden und Freiherr von Bedebur (Hamburg), Oberleutnant von Demitz, die Majore von Masowski und Hagemann. Die Frage, wie weit diese Offiziere durch ihr Verhalten während der letzten Vorgänge belastet sind, wird eingehend geprüft.

Das Chaos im Ruhrrevier.

Ein Ersuchen um Fristverlängerung.

Die Lage im Ruhrgebiet ist nach wie vor ernst. Der angekündigte Vormarsch der Reichswehrtruppen hat im Ruhrgebiet große Beunruhigung hervorgerufen. In den Ausführungsbestimmungen zum Ultimatum der Reichsregierung an die Aufständischen, die vom General v. Watter in Münster erlassen worden sind, wurde die sofortige Ablieferung von 4 schweren Geschützen, 10 leichten Geschützen, 200 Maschinengewehren, 16 Minenwerfern, 20 000 Gewehren, 400 Schuß Artilleriemunition, 300 Schuß Minenwerfermunition, 100 000 Schuß Infanteriemunition verlangt. Weiter wurde die sofortige Auflösung der Roten Armee und die Freigabe der Gefangenen bis Dienstag mittag gefordert. Die Oberfelder Mehrheitssozialisten haben telefonisch ein dringendes Ersuchen um dreitägige Fristverlängerung übermittelt. Im Falle des vorzeitigen Einmarsches droht die Arbeiterchaft sämtlicher sozialistischer Parteien, erneut in den Generallstreik einzutreten und alle Waffen mobil zu machen, um die Reichs-

schruppen niederzuschlagen. Zugleich soll die Arbeiterchaft im ganzen Reich zur Solidarität für den Generallstreik und zur bewaffneten Abwehr aufgerufen werden. Weiter wird die Ueberufung des Generals Watter und die Zurückziehung der Reichswehrtruppen aus dem Ruhrgebiet verlangt.

Die Antwort der Regierung.

Die Reichsregierung hat darauf mit einer ausführlichen Darstellung geantwortet, in der die Unhaltbarkeit der zurzeit im Ruhrrevier herrschenden Zustände dargetan und erwidert wird, daß das zur Verwendung bereitgehaltene Militär verfassungstreue sei und keinen anderen Auftrag habe, als den, gefegliche Zustände wieder herzustellen. Auf seiten der Reichsregierung besteht nicht die Absicht, den Bogen zu überspannen, doch glaubt sie, auf den Vorschlag des Viesefelder Abkommens bestehen zu müssen, womit von der Gegenseite noch nicht der geringste Anfang gemacht worden sei. Der Reichswehrminister hat den Truppen das schonendste Vorgehen bei der Entwaffnung anempfohlen. Wenn Truppen in Bewegung gesetzt werden, so sollen Zivilkommissare vorangehen, um für Aufklärung zu sorgen.

Die Oberfelder Mehrheitssozialisten verkennen offenbar den Ernst der Lage. Während es in Oberfeld verhältnismäßig ruhig ist, herrschen in der Gegend von Duisburg, Essen und Dortmund ganz unhaltbare Zustände. Die Kommunisten üben dort eine wahre Schreckensherrschaft aus. Die Lebensmittel werden aus den Geschäften und vom Lande requiriert und an die Rote Armee verteilt, die Vandeports beschlagnahmt, militärische Beamte in größerer Zahl ihres Amtes entsetzt und angelegene Persönlichkeiten als Geiseln festgehalten. Auf sämtlichen Werken und Betrieben sind Sabotagekolonnen aufgestellt mit dem Auftrag, die Industriebetriebe in die Luft zu sprengen. Die ganze Bevölkerung einschließlich der den Unabhängigen nahestehenden Arbeiterschaft ruft dringend um Befreiung von dem Terror der Kommunisten.

Die Reichsregierung muß unbedingt auf der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse bestehen. Die Lage ist dadurch erleichtert worden, daß die französische Regierung uns jetzt zwei bis drei Wochen Spielraum gegeben hat, um die verfassungsmäßigen Zustände im Westen wiederherzustellen. Die Zeit wird als ausreichend bezeichnet. Die Ausführungsbestimmungen des Generals Watter zum Ultimatum sind auf Anweisung der Regierung gemildert worden, da die Regierung anerkennt, daß aus technischen Gründen eine so rasche Entwaffnung und Auflösung der Roten Armee unmöglich ist. Das Ultimatum soll bedeuten, daß der gute Wille gezeigt wird, überhaupt die Waffen abzugeben. Die Regierung baut auf die Einsicht der Arbeiterchaft, umso mehr, als sämtliche sozialistischen Parteien mit Ausnahme des linken Flügels der Kommunisten, der auf der Weiterführung des Kampfes besteht, hinter den Viesefelder Beschüssen steht. Man glaubt auch, daß der überwiegende Teil der Arbeiterschaft, die ja von vornherein mit den bewaffneten Terroristen nicht gemeinsame Sache gemacht hat, durch ihre Haltung die Schwierigkeiten nicht unnötig vermehren wird.

Sturmzeichen in Dänemark.

Das Ministerium durch den König verabschiedet.

Kopenhagen, 29. März. Der König forderte heute nach einer längeren Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Zahle über die nordschleswigsche Politik der Regierung, daß diese ihr Wiedergesuch einreiche. Zahle lehnte dies ab. Darauf erteilte der König dem Ministerium Zahle den Abschied und beauftragte den Führer der linken Partei, Neer-Gaard, mit der Bildung der neuen Regierung. Neer-Gaard erklärte sich außerstande, den Auftrag auszuführen. Darauf hat der König die bisherige Regierung, die Geschäfte weiterzuführen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums, was von Zahle abgelehnt wurde. Der König hat alsdann den Anwalt beim Obersten Gericht Liebe beauftragt, ein Geschäftsministerium zu bilden, das den Auftrag hat, Neuwahlen zum Reichstag auszusprechen. Die Sozialdemokraten haben darauf ein Ultimatum an den König gerichtet, daß die Verfassung des Landes respektiert werde, daß das vom König verabschiedete Ministerium wieder eingesetzt werde und der Reichstag einberufen werde, um das Wahlgesetz fertig zu behandeln. Der König lehnte das Ultimatum ab. Die Sozialdemokraten haben darauf den sofortigen Eintritt in den Generallstreik proklamiert. In Kopenhagen herrscht große Aufregung. Das königliche Schloß ist in weitem Umkreise abgesperrt.

Den unmittelbaren Anlaß zu der Verfassungskrise bildete die Abstimmung in der zweiten Zone Nordschleswigs, die für Dänemark verloren ging. Die chauvinistische Opposition im Reichstag will sich mit dem Ergebnis der Abstimmung nicht zufrieden geben und

Die zweite Zone Schleswigs Deutschland zugesprochen.
Nach „Politik“ beschloß die Internationale Kommission in Flensburg, daß die zweite Zone samt Flensburg Deutschland zufällt. Nach dem Abstimmungsergebnis war ein anderer Beschluß auch nicht zu erwarten. Die dänischen Nationalisten hatten trotzdem gehofft, wenigstens Flensburg für Dänemark retten zu können. Dänische Kriegsschiffe und Truppen besetzten die erste Zone.

Politische Rundschau.

— Berlin, 30. März 1920.

— Der Reichspräsident hat den aus dem Amte scheidenden Reichsministern Roste und Schiffer seinen Dank ausgesprochen für die großen Verdienste, die sie in schwerer Zeit dem Vaterlande geleistet hätten.

— Die preussische Regierung plant die Umwandlung der Kreisblätter in reine Verbandsblätter.

— Der Ausschuss und Vorstand der deutschen Zentrumspartei, deren für Mitte März anberaumte Sitzung wegen des Generalstreiks nicht stattfinden konnte, sind für den 17. April nach Berlin zu einer Tagung eingeladen worden.

— Landrat Freiherr v. Walbahn (Magen) kündigt seinen Rücktritt an, da er als Monarchist nicht im Stande sei, den Eid auf die Verfassung zu leisten.

— Die sächsische Regierung hat einen Kredit von zwei Millionen Mark für das abgebrannte Leipziger Rathaus in der Kammer eingebracht.

— Als Nachfolger des Reichsfinanzministers Dr. Wirth ist der aus dem Stande der mittleren Finanzbeamten hervorgegangene Studienrat Köhler für den Posten des badischen Finanzministers in Aussicht genommen.

Die schnelle Durchführung der Besoldungsreform.

Als die Parteien der Nationalversammlung die Anregung herangetraten, die Besoldungsreform nicht erst in einem Ausschuss zu verhandeln, sondern sie sofort im Plenum im ganzen annehmen. Sie wußten dann am 1. April in Kraft treten. Zugleich soll eine Entschleunigung angenommen werden, die den neuen Reichstag erlaubt, sofort in Beratungen darüber einzutreten, ob an der Besoldungsreform Mängel oder Unbehebungen zu beseitigen sind, so daß diese Verbesserungen am 1. Oktober in Kraft treten könnten. Die Anregung unterliegt noch den Beratungen in den Fraktionen.

Der angeblich schon gefaßte Entschluß der Internationalen Kommission in Flensburg, die zweite Zone bei Deutschland zu belassen, nicht gelten lassen. Vor allem verlangen sie die Einverleibung Flensburgs nach Dänemark. Um eine andere Entscheidung in Paris herbeizuführen, mußte erst das liberale Ministerium Bahle zu Fall gebracht werden. Dazu kamen die Schwierigkeiten, die sich für das Kabinett Bahle daraus ergaben, daß es in der Frage der Neuwahlen keine ausreichende Mehrheit im Parlament aufbringen konnte, da es nur über eine Mehrheit von drei Stimmen verfügte, die sich am letzten Freitag für die Neuwahl aussprach. Am Sonnabend ging das Parlament in die Ferien. Kurz darauf veröffentlichte die Opposition einen Aufruf, in dem die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen gefordert wurde, weil seit Beendigung des Krieges die von der Regierung versprochenen Neuwahlen nicht stattgefunden haben, und weil die Regierung in der schleswighischen Frage kein Mandat habe, im Namen der Bevölkerung zu handeln. Die konservativen Hoffkreise hatten sich vor Einleitung dieser Aktion des Einverständnisses des Königs versichert, der sich dann, wie oben erwähnt, zu dem gänzlich verfassungswidrigen Schritt verleitete ließ und das unangenehme Ministerium kurzerhand verabschiedete. Die Folge dieses in der dänischen Verfassungsgeschichte einzig dastehenden Vorgehens war die Generalstreikdrohung der Sozialdemokraten. Da der König sich dadurch jedoch nicht veranlaßt sah, auf den verfassungsmäßigen Weg zurückzugehen, hat die Sozialdemokratie als Protest gegen „den Staatsreich des Königs“ den sofortigen Eintritt in den Generalstreik beschlossen. In Kopenhagen und den übrigen großen Städten wird der Streik zweifellos große Störungen hervorrufen. Auf dem platten Lande wird er aber wohl kaum großen Erfolg haben. Von dem Ausgang der Krise wird sehr viel für den weiteren Kampf in Schleswig abhängen.

Die Ausländerverhaftungen in Berlin haben nicht die Billigung der zuständigen Regierungsstellen gefunden. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die preussische und die Reichsregierung zu der Einsicht gekommen sind, daß die am Sonnabend in Berlin erfolgten Verhaftungen von Ostjuden ein Mißgriff gewesen seien. Verhaftet wurden besonders Jugendliche und andere harmlose Personen, die keine Ausweise bei sich führten, weil dies am Sonnabend den Juden verboten ist. Die Verbrecher, Salatschleier und Schleichhändler, die man fassen wollte, hat man nicht ergriffen. Unter den Verhafteten sind Vertreter aller Schichten der ausländischen Bevölkerung, darunter auch zahlreiche russische Offiziere und ein Mitglied einer bekannten baltischen Grafenfamilie. Die Vereinigten Arbeiterverbände sind mit einer Beschwerde für die Verhafteten eingetreten und es ist ihnen zugesagt worden, daß der Mißgriff wieder gutgemacht werden soll, und daß in Zukunft nur solche Personen interniert werden sollen, gegen die wirklich Straftaten vorliegen.

Der Termin der Betriebsratswahlen. Durch die Wirren der letzten Tage sind die Wahlen zu den Betriebsräten vielfach verzögert worden. § 102 des Betriebsrätegesetzes bestimmt, daß die erste Wahl spätestens sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes einzuleiten ist. Diese Frist ist mit dem 22. März abgelaufen. Das hat in den beteiligten Kreisen Anlaß zu einer gewissen Beunruhigung gegeben. Demgegenüber wird von dem Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen, daß der Frist nach § 102 genügt ist, wenn nur in der Zeit bis zum 22. März der Wahlvorstand bestellt worden ist.

Mühe in Mecklenburg-Strelitz. Nach amtlichen Feststellungen ist der Freistaat Mecklenburg-Strelitz wohl der einzige Freistaat im Reich gewesen, in dem es während des Putzsches und auch nachher zu keinerlei Unruhen gekommen ist. Ein Versuch der Reichswehr, das Ministerium Freiherr v. Leibnitz (Sog.)-Sauerwein (Dem.) zu stürzen, wurde durch eine geschickte diktatorische Behandlung der Angelegenheit verhindert. Nach dem Zusammenbruch des Putzsches hat der Landtag dem Ministerium einstimmig sein Vertrauen ausgesprochen und selbst die äußerste Rechte hat sich diesem Vertrauensvotum angeschlossen. Es ist unter der Führung des Majors Mäcker-Brandenburg eine Staatsgendarmerie gegründet, die keine parteipolitische Organisation ist und in der sowohl Bürgerliche wie Sozialdemokraten Aufnahme gefunden haben. Die Nachricht, daß im Lande Arbeiterhorden bewaffnet seien, entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Die Forderung mit dem neuen Generalstreik.

Von der roten Armee nachstehender Seite wird über die Verhandlungen, die zurzeit im Reichstagsgebäude stattfinden, noch folgendes gesagt: Die Verhandlungen finden zwischen den Vertretern der Regierung einerseits, den Gewerkschaftsvertretern, der Afa und den Vertretern der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten andererseits statt. Hauptstreitpunkt ist General Watter, der von den bewaffneten Arbeitern zum großen Teil auch durch seine Ausführungsbestimmungen zum Regierungskulturrat veranlaßt, als Reaktionär angesehen wird, dessen Entfernung man verlangt. Die Vertreter der Parteien und Gewerkschaften erklären, daß der Generalstreik unbedingt in ganz Deutschland wieder ausbrechen würde, wenn die Truppen aus dem Ruhrgebiet nicht zurückgezogen werden. Bedingung wäre er auch dann eintreten, wenn das Ultimatum der Regierung nicht zurückgenommen wird. Die Lage im Ruhrgebiet sei außerordentlich ernst. Die Bergwerke seien zum großen Teil unterminiert und Sprengkolonnen überall bereit, die Zechen zu zerstören, falls nicht eine baldige Entspannung der Lage eintrete.

In Frankfurt a. M. beschloß eine Versammlung der Betriebsräte, sofort in den Generalstreik einzutreten, falls Reichswehrtruppen das rheinisch-westfälische Industriegebiet besetzen sollten. In verschiedenen Städten des Ruhrgebiets, u. a. in Dortmund und Bochum, sind die Arbeiter bereits erneut in den Generalstreik getreten.

Vormarsch der Truppen im Ruhrgebiet.

Die militärischen Vorbereitungen im Ruhrgebiet gehen ihren Gang weiter. Nach Ablauf des Ultimatums um 12 Uhr mittags wurden die einzelnen Truppenverbände schrittweise vorgeköhnt. Es ist den Verbänden

die größte Mühseligkeit anvertraut worden. Die Waffnahmen sollen vor allem einen moralischen Druck ausüben.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Im Ruhrgebiet hat das Ultimatum der Reichsregierung große Erregung hervorgerufen. In zahlreichen Ortschaften ist der Generalstreik erneut ausgebrochen.

— Reichkanzler Müller gab in der Nationalversammlung eine mildere Auffassung des Ultimatums kund. Die Gewerkschaften drohen für den Fall des Einmarsches von Truppen in das Ruhrgebiet mit dem Generalstreik für ganz Deutschland.

— Die internationale Kommission in Flensburg hat angeblich beschlossen, dafür einzutreten, daß die ganze zweite Zone bei Deutschland verbleibt.

— Der dänische König hat das sozialistisch-liberale Kabinett Bahle plötzlich verabschiedet und ein Geschäftsmann Liebe berufen. Die Antikpartei haben den Generalstreik beschlossen, die Lage im Lande ist sehr ernst.

Rundschau im Auslande.

Die Alliierten werden in diesen Tagen eine neue Note in der Frage des Aufenthaltsorts des deutschen Kaisers an die Niederlande richten.

Bei der österreichischen Kriegsgeheimkonferenz wurden drei Personen wegen Millionenbetrugungen bei Kartellgeschäften verhaftet. Bei den Verhafteten wurden eine Million Kronen vorgefunden.

Prinz Xaver von Parma, der Bruder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Kaiserin Jits, dessen Anwesenheit in Wien von den Sozialdemokraten in Form einer Intervention in der österreichischen Nationalversammlung beanstandet wurde, ist nach Paris abgereist.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 30. März 1920.

Unterstützung des neuen preussischen Ministerpräsidenten.

Heute hat auch das Preußenhaus seinen großen Tag. Das nach seiner Umbildung auf acht Mitglieder zusammengeschrumpfte Kabinett ist vollständig erschienen. Nach Eröffnung der Sitzung nimmt der Nachfolger Sirchs im Amte des Ministerpräsidenten, Braun, das Wort, um die programmatischen Erklärungen der neuen Regierung abzugeben. In seiner Rede geht Braun selbstverständlich sehr ausführlich auf die Ereignisse vom 12. März ein und wendet sich dann mit großer Schärfe gegen die Deutschnationalen. Seine Rede ist fast nur eine Polemik. Von einem Arbeitsprogramm der neuen Regierung erzählt man fast gar nichts. Er begnügt sich damit, auf die Tätigkeit des alten Kabinetts hinzuweisen, die in den alten Wägen weitergeführt werden soll. Nur die Beamtenbesoldungsreform streifte er, die, durch den Kapp-Zwischenfall aufgehalten, nunmehr beschleunigt und mit rückwirkender Kraft vom 1. April ab durchgeführt werden solle. Eine nachhaltige Besserung unterer Volksschichten und damit unsere Wirtschaftslage kann nach Ansicht des Ministerpräsidenten nur durch eine erhebliche Steigerung der Produktion erzielt werden. Um unsere Ernährung auf eine breitere und sichere Grundlage zu stellen, müssen nunmehr auch die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, um großzügige Landwirtschaft zu treiben und für eine

Aufstellung des übermäßigen Großgrundbesitzes

und einer umfassenden ländlichen Siedlungstätigkeit die Bahn frei zu machen. Auch der Wohnungsfrage, die immer brennender wird, wird die Regierung ihre ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden. Gewaltige Mittel werden zu ihrer Lösung aufgewendet werden müssen.

Der Ministerpräsident kündigte endlich die baldige Ausschreibung der Neuwahlen an, zuvor soll natürlich die Hauptaufgabe der verfassunggebenden Landesversammlung erledigt werden, die neue Verfassung soll noch verabschiedet werden. Besonderen Nachdruck legt der Ministerpräsident noch auf die unverzüglich einzuleitende Säuberung und Demokratisierung des Verwaltungssystems.

Goldel e.

Roman von E. Marlitt.

40) (Nachdem verboten.)

In diesem Augenblick nun hätte sie hintreten und ihm unumwunden erklären mögen, wie verhaßt ihr sein hochgeborener Better sei, daß sie sich durchaus nicht geehrt fühle, durch dessen Aufmerksamkeit, sondern die selben stets als eine ihr widerfahrene Schmach ansehen. Allein es war zu spät. Herr von Walde sprach mit Miß Mertens über Reinholds Reise nach England so ruhig und eingehend, daß es geradezu lächerlich gewesen sein würde, mitten hinein den Faden des vorigen stürmischen Gesprächs wieder aufzunehmen. Auch fiel nicht ein Blick seines Auges mehr auf sie, obgleich sie ziemlich nahe bei Miß Mertens stand.

„Ich bin eigentlich halb und halb entschlossen, die Reise selbst mitzumachen,“ sagte er schließlich zu der Erzieherin. Reinhold soll mit Ihrer Frau Mutter zurückkehren, denn ich will Lindhof von nun an ganz unter seine Aufsicht stellen; ich aber bleibe den Winter über in London, gehe im Frühjahr nach Schottland.“

„Und kehren dann jahrelang nicht wieder heim,“ unterbrach ihn Miß Mertens erschrocken und betäubt zugleich. „Ost denn Thüringen ganz und gar keine Anziehungskraft für Sie?“

„Ja, aber ich leide hier, und Sie werden wissen, daß oft ein herzhafter Schnitt eine Wunde rasch und glücklich heilt, während sie unter einer allzu nachsichtigen feigen Behandlung gefährlich werden kann. Ich hoffe viel von der schottischen Luft für mich.“

Die letzten Worte hatte er in einem Ton gesprochen, der Scherzhaft sein sollte, allein der gewisse Zug zwischen den Augenbrauen trat scharf hervor denn je und ließ Elisabeth seine heitere Stimmung sehr bezweifeln.

Er reichte darauf Miß Mertens die Hand und schritt langsam den Kiesweg hinab, wo er bald hinter einer Baumgruppe verschwand.

„Da haben wirs nun,“ sagte die Erzieherin traurig. „Statt daß er uns, wie ich im Stillen hoffte, eine schöne junge Frau nach Lindhof bringt, zieht er wieder hinaus in die weite Welt und läßt in Jahr und

Tag nichts wieder von sich hören noch sehen... Es ist etwas Unheißes in ihm; kein Wunder, wenn man die unerquicklichen hiesigen Verhältnisse bedenkt... Die Baronin Lessen ist ihm ein Greuel, und doch ist er gezwungen, an seinem eigenen Herde ständlich mit ihr zu verkehren, denn die Schwester, die er zärtlich liebt, hat ihm ja erklärt, daß sie im Umgang mit dieser Frau das Herbe und Freudenlose ihres Daseins vergißt. Auch sein Better ist ihm ein ungeliebter Gast... Herr von Walde ist eine viel zu gerade Natur, als daß es ihm glücken sollte, seine Abneigung zu verbergen, und doch sind diese Menschen wie von Stahl und Eisen; die wenig rücksichtsvolle Behandlung des Hausherrn gleitet vollständig von ihnen ab, sie haben weder Augen noch Ohren, wenn er auf eine Trennung hindeutet. Und Herr von Hollfeld, nun der ist in meinen Augen ein ganz erbärmlicher Mensch, ich begreife heute noch nicht, wie er Gräulein von Waldes Herz gewinnen konnte.“

„Also, wissen Sie das auch,“ fragte Elisabeth. „Ach, Kindchen, das ist ja längst ein offentliches Geheimnis... Sie liebt ihn so tief und hingebend, wie ein Weib nur lieben kann. Diese unselige Neigung aber, in der sie lebt und atmet wie im Sonnenlicht, sie wird dereinst den düstersten Schatten werfen auf das Leben der ohnehin so schwer Heimgeführten... Dies ganze traurige Verhältnis und seine Zukunft durchschaut und ahnt Herr von Walde, aber da er seiner Schwester nicht die Augen öffnen kann, ohne sie tödlich zu verwunden, so bringt er seiner brüderlichen Zärtlichkeit die schwersten Opfer und geht lieber, da ihm der Aufenthalt in seinem eigenen Hause zu unerträglich wird.“

Während dieses Gesprächs hatten Miß Mertens und Elisabeth längs des Schloß verlassenen und stiegen bergauf. Bald ließ Reinhold zu ihnen, der einen Gang nach dem Dorfe gemacht hatte. Miß Mertens erzählte ihm das Zusammentreffen mit Herrn von Walde und seine letzten Äußerungen bezüglich seiner Reise.

„Gesagt hat er mir noch nichts,“ meinte Reinhold, „aber er sah vorhin gerade so aus, als müßte er am liebsten auf der Stelle Lindhof verlassen... Der Herr des Hauses ist das fünfte Rad am Wagen in

seinem Verwandtenkreise; er muß die Schwärze ertragen und als Dank dafür machen sie ihm das Herz seiner Schwester abspenstig...“

Burg Gnade war erreicht, und der Gast wurde von Herrn von Walde herzlich begrüßt. Die heimlich und traut um... „Verzeihen Sie,“ stieß die neue Bewohnerin! Es blin. in Sauberkeit.

Mit Miß Mertens Einzugs in der alten Burg hatte sich das herrliche Familienleben womöglich noch unbilliger gestaltet als bisher. Die Erzieherin sah sich seit langer, trostloser Zeit zum erstenmal wieder heimlich angeweht und von Liebe umgeben.

Die Übungsstunden bei Gräulein von Walde hatten mittlerweile ihren regelmäßigen Fortgang. Hofffeld, der nur auf einen Tag nach Odenberg gegangen war, kam nun wie vor als eifriger Zuhörer und bei alles auf, einen Augenblick des Alleinseins mit Elisabeth zu gewinnen. Er hatte es schon einmal so schlar einzurichten gehabt, daß Helene während der Pause aufgestanden war, um irgendeinen besprochenen oder von ihm gewünschten Gegenstand in einem anderen Zimmer zu holen; allein er erreichte seinen Zweck nicht, denn Elisabeth ging zugleich hinaus und ließ sich von dem Besuchen ein Glas Wasser geben.

Immer öfter kamen auf dem Nachhausewege durfte er an... denken, da Miß Mertens regelmäßig mit Ernst kam, um das junge Mädchen abzuholen... Die ses stete Bereitsein seiner Wünsche machte ihn endlich ungeduldig und rücksichtslos. Die Hand fiel von den Gesicht, er trug seine Leidenschaft unverhohlen zu Schau, und nur ihrer Kurzsichtigkeit verdankte es Helene, daß ihr eine schmerzvolle Entdeckung vorderhand noch erspart blieb...

So wurden Elisabeth die Gänge ins Schloß immer peinlicher, und sie dankte Gott, als endlich das beabsichtigte Fest heranrückte, denn mit ihm hörten dann wenigstens die täglichen Übungsstunden auf.

Es war am Tage vor dem Geburtsfeste des Herrn von Walde, als Reinhold nachmittags bei einem Besuche auf Gnade erzählte, daß bereits ein Gast unten im Schlosse angekommen sei.

(Fortsetzung folgt.)

Die Mehrheitsparteien nehmen die Rede des neuen preussischen Präsidenten beifällig auf, während die Unabhängigen und Deutschnationalen sich jeder Meinung enthalten. Jetzt haben die Parteien das Wort.

Hg. Wiedemann (Ztr.): Zwischen Rapp-Vittvitz und den Führern der Nation im Ruhrgebiet besteht kein grundsätzlicher Unterschied. (Lebhaftes Beifall.) Es geht nicht an, die Rappianer gerichtlich streng zu verfolgen, während man für die Revolutionäre der anderen Seite eine Amnestie hat. Gegen die im Ruhrgebiet plündernden Horden muß das Ultimatum unmissverständlich durchgeführt werden. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Heret (nat.) (von großem Lärm und Rufen: Hochverräter! empfangen): Wir brauchen keine Schuld an dem Vorgehen zu verwickeln, wir sind an dem Rapp-Bußch unbeteiligt. (Großes Gelächter links.)

Wenn die Regierung Rapp niederwarf um den Preis des Zugeständnisses an die Gewerkschaften, so war das ein Pyrrhussieg. Es entsprang daraus die neue Volksbewegung, und nur im Kampfe gegen diese Vorkriegskassierung kommen wir wieder auf. (Inhaltender Lärm links.) Der große Fehler des Generalstreiks rief die Geister, die nicht mehr zu bannen sind. Jetzt gilt es den Abbau der übertriebenen Volksbewegung. Es hat sich herausgestellt, daß wir mit der Kritik der Hinausschiebung der Wahlen und der Abänderung der Prästidentenwahl Recht hatten. Unsere Haltung hat ihre Bestätigung gefunden. Leb. Beifall bei den Nat.: minutenlang Lärm und Rufen bei der Mehrheit.)

Ministerpräsident Brauns: Ich muß es zurückweisen, daß die Regierung von dem Bußch unterrichtet gewesen sei und nichts unternommen hätte. Die Bedingungen, die Rapp-Vittvitz stellten, waren von vornherein unannehmbar. Im übrigen verhandeln wir mit solchen Elementen wie von Rapp-Vittvitz überhaupt nicht. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Hg. Limberg (Soz.): Der Boden für den Bußch ist seit langem vorbereitet gewesen durch die Hege der rechtsnationalen Presse. Gegen den Bußch war eine andere Hilfe als der Generalstreik nicht möglich. Im Ruhrgebiet muß die Regierung die Möglichkeit zu Verhandlungen bieten, wenn die Bereitschaft dazu vorhanden ist. Wenn es freilich nicht anders geht, wenn die Diktatur zügelloser Horden aufrechterhalten wird, dann gilt es, mit allen Mitteln einzugreifen.

Hg. Dr. v. Arnst (D. Bp.): Wir verwerfen jeden gewaltsamen Umsturz. Wir sind nicht so von Gott verlassen, um einer Regierung beizutreten, der ein Rapp, ein Jagow, oder ein Brederes angehören. Die Nationalversammlung ist heute nicht mehr der Ausdruck des Volkswillens. Das Volk soll durch den Stimmzettel selbst entscheiden. Der Generalstreik ist ein Verbrechen und ein Fehler gewesen.

Hg. Dr. Friedberg (Dem.): Ich gebe ohne weichen einem grundlos unternommenen und einem, der Mitwirkung an dem Staatsstreik nachweisen läßt: einen mittelbaren Einfluß hat sie aber selbstverständlich gehabt. Beim Generalstreik muß man unterscheiden zwischen jenen, die sich der Deutschnationalen Partei freiwillig zur Stützung der Verfassung angeschlossen haben, und jenen, die in steter Arbeit bemüht sind, dann werden wir auch über die Folgen dieses Bußches hinwegkommen. (Lebhafter Beifall bei den Demokraten.)

Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung, kleine Vorlagen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Das Vertrauensvotum der Mehrheitsparteien.

— Berlin, 30. März.

Fortsetzung der politischen Aussprache in der Nationalversammlung.

Nachdem gestern am späten Nachmittag noch der deutsche Volkspartei Dr. Heinke und der demokratische Dr. Haas zu Worte gekommen waren, wird heute die Besprechung der Regierungserklärung fortgesetzt. Dazu liegt einmal ein von sämtlichen Abgeordneten der drei Mehrheitsparteien namentlich gezeichneter Antrag vor, die Nationalversammlung wolle beschließen: Die verfassungsmäßige deutsche Nationalversammlung billigt die Erklärungen der Reichsregierung. Die Nationalversammlung verurteilt den gegen Staatsordnung und Staatswohl, Verfassung und Nationalversammlung gerichteten verbrecherischen Aufruhr und die Anstifter und Helfershelfer des Staatsstreiks. Die Nationalversammlung spricht allen Teilen des Volkes, die durch ihren gemeinsamen Widerstand die Verfassung geschützt haben, den Dank des Vaterlandes aus.

Die Deutschnationalen fordern ihrerseits das Parlament auf, die Erklärungen der Regierung zu mißbilligen. Im übrigen wendet sich dies Votum gegen den Verfassungsbruch vom 13. März und verurteilt den Generalstreik als politisches Kampfmittel.

Den Rednerreihen eröffnet heute der deutschnational Dr. Rünger: Von den Vorbereitungen zum Bußch war die Regierung unterrichtet; sie hätte rechtzeitig einschreiten müssen. Vielleicht war ihr die Sache nicht einmal unerwünscht. (Große Erregung in der Mehrheit.) — Der Präsident schreitet ein.) Meine Partei steht dem Bußch durchaus fern und verurteilt jeden Appell an die Gewalt. Der Bußch wäre auch ohne den Generalstreik zusammengebrochen. Der Bußch von links wäre aber auch ohne das Rapp'sche Unternehmen gekommen. Wir brauchen keine Einheitsfront gegen den Volkswillens. (Beifall rechts.)

Die Lage im Ruhrgebiet. Reichsanwalt Müller gibt Auskunft über die Lage im Ruhrgebiet. Man fürchtet dort scharfe militärische Maßnahmen und droht mit dem Generalstreik. Der Reichswehrminister hat Anweisung gegeben, daß alle unnötigen Schreffeiten vermieden werden. Wenn Truppen in Bewegung gesetzt werden, so sollen Zivilkommissare vorangehen, um für Aufklärung zu sorgen. Die ganze Arbeiterschaft, auch die Unabhängigen, haben sich gegen diese gewalttätigen Elemente erklärt, die Kommunisten sein wollen und die Gefahr auf bewaffnete Horden eine Gewaltherrschaft ausüben. Die Lage ist dadurch erleichtert worden, daß die französische Regierung uns jetzt zwei bis drei Wochen Spielraum gegeben hat, um die verfassungsmäßigen Zustände im Westen herzustellen zu können. Diese Zeit wird ausreichen. Die Ausführungsbestimmungen des General von Watter zum Ultimatum sind gemildert worden. Das Ultimatum soll bedeuten, daß der gute Wille geübt wird, überhaupt die Waffen abzulegen. Die Mehrheit der Bevölkerung im Ruhrgebiet ist sich der Bedeutung dieses Bußches für die Volkswirtschaft durchaus bewußt; wesentlich kommt in wenigen Tagen eine Entspannung.

Reichsminister des Inneren Koch wendet sich gegen den Vorschlag, die Erregung des Volkes zu aufzuheben, sie noch zu steigern. Es ist nicht Aufgabe des Parlamentes, den Reichspräsidenten durch das Parlament wählen zu lassen. Der Vorschlag, die Regierung sei anzuerkennen.

ist unangebracht. Wenn wir beschaffen wären, so könnten wir nicht die Abwehr organisieren. Der Generalstreik war zur Niederschlagung des Bußches notwendig. Diese Abwehr wird das Volk gegen jeden Bußch vornehmen. Der Osten und Berlin müssen endlich von dem demokratischen Bürgerstimm des Westens und des Südens lernen. Es ist falsch, jeden bewaffneten Arbeiter als Volkselement zu betrachten. Wenn jetzt von der Regierung zur Sammlung gegen den Volkswillens gerufen wird, so muß ich erklären, wie stark ohne diese Kompromittierten als mit ihnen. Ich rufe alle Elemente zu ruhiger, besonnener Arbeit auf, die die Freiheit der Ordnung der Willkür und Unordnung vorziehen. (Beifall.)

Hg. Reist (Wahr. Bp.) gibt eine Entschärfung seiner Fraktion bekannt, in der diese sich bereit erklärt, die Regierung zu unterstützen.

Hg. Wels (Soz.) richtet scharfe Angriffe gegen die Mehrheitsparteien, denen er die Schuld an dem Bußch zuschreibt.

Hg. Behrens (Z. Nat.) weist die Angriffe des Abgeordneten Wels zurück. Der Generalstreik war überflüssig. Die Diktatur Rapp wäre ohne ihn zusammengebrochen.

Die Aussprache zieht sich noch eine Weile hin, schließlich wird der Vertrauensantrag der Mehrheitsparteien gegen Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Unabhängigen angenommen. Gegen die anderen Teile des Vertrauensvotums stimmen nur die Deutschnationalen. Der deutschnationaler Vertrauensantrag wird abgelehnt.

Dann wird eine Reihe von kleinen Anträgen angenommen. Das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und das Reichsgesetz gegen den Verfassungsausbruch. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Abberufung des hochverräterischen Unternehmers vom März 1920 durch die bürgerlichen Gerichte.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen angenommen. Nachdem noch die Genehmigung zur Strafverfolgung des Hg. Traub in namentlicher Abstimmung mit 145 gegen 71 Stimmen bei 7 Enthaltungen erteilt worden ist, verläßt sich das Haus auf 14. April. Tagesordnung: Bürgergesetz. Schluß gegen 7 Uhr.

Locales und Provinzielles.

Gemeindevertretung. Unter Vorsitz des Bürgermeisters und bei Anwesenheit von 16 Vertretern und vollzähligem Gemeinderat, fand am Dienstag Abend eine Gemeindevertretersitzung statt. Punkt 1. Nachmalige Beschlußfassung über die Erhebung eines Zuschlags zur Grundsteuer in der Gemeinde Die Stadt. Es wurde beschlossen ein Prozent von dem gemeinen Wert oder der Kaufsumme zu erheben, und falls der Kreis ebenfalls eine solche Erhebung beschließen sollte, den Beitrag auf 1/2 Proz. zu ermäßigen. 2. Bewilligung eines Zuschusses an den Kreisverein für Handwerk und Gewerbe. Wird abgelehnt. 3. Benennung von vorgzugsweise zu Obstbaumplantagen geeigneten Distrikten. Die Anregung kommt vom Regierungspräsidenten, und das hiesige Ortsrecht hat folgende Gemarkungsteile in Vorschlag gebracht: Linde, Veldenheide, Ritterspfad, Zichen, Hidenberg, Sonnenbergerweg, Weinreb, Zgaden u. Erbenheimweg, Schüllerspfad Holzweg, Reil, Loch, u. andere. Es sind bei diesen Distrikten meist nur 2-3 Gewannen, welche dem Dorfe am nächsten liegen gegeben. Herr Gritner Th. Bierbrauer gab sein Urteil ab. Nach dem immer noch gültigen Verordnungen muß bei Neupflanzungen für Kernoß mindestens 5 Mr. bei Steinobst 3 Mr. Raum bleiben bis zum Nachbargrundstück. Durch die obige Anerkennung der aufgezählten zum Obstbau bevorzugten Distrikte würde sich diese alte Verfügung auf 3 bzw. 1.50 Mr. e mäßigen. Eine solche Vergünstigung würde aber dem Obstbau unter Umständen schwer schädigen, da bekanntermaßen die Bäume in erster Linie Sonne und Luft haben müssen. Man will eventuell nach dieser Seite hin ein besonderes Ortsstatut erlassen, war aber mit dem Vorschlag des Ortsgerichtes einverstanden. 4. Antrag des Verlaß der Bierbräuer Zeitung, um Erhöhung der Pauschalgebühr für Aufnahme der Bekanntmachungen. Herr Schulze hatte Vergleiche angestellt mit den in größeren Gemeinden erscheinenden Zeitungen und damit erwießen, daß diese Vergütungen ganz erheblich günstiger sind, wie am hiesigen Orte. Der Gemeinderat hatte beschlossen die Pauschalgebühr von 450 auf 1200 Mr. zu erhöhen mit dem Bemerkten, daß die Anzeigen der Proben und notwendigen Veranlassungen der freiv. Feuerwehr den amtlichen Bekanntmachungen gleichzustellen seien. Dieser Vorschlag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben. 5. Antrag der Hedamme Becht um Erhöhung der Feuerungszulagen. Das Gesuch wird abgelehnt und angeregt, man möge die Anstellung einer neuen Hedamme ins Auge fassen. Die Gemeinde soll sich nach einer geeigneten Person umsehen, die dann an einem Kurst teilnehmen soll. 6. Gesuch der an der Schleuse in Hochheim beschäftigten Arbeiter um Bewilligung eines Zuschusses zu den Jahrsfeiern. Der Antrag ist von 24 Arbeitern unterzeichnet. Nach den Sagen, die Wiesbaden solchen Arbeitern gewährt, würde unsere Gemeinde circa 65000 Mr. für diesen Zweck aufzubringen haben. Bei Stellung dieses Antrags ging man von der Voraussetzung aus, daß das Reich dieses Geld zurückvergüten werde. Da diese Annahme unrichtig ist, wurde der Antrag abgelehnt. 7. Eingabe des Bundes für Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer pp. um Bewilligung einer Beihilfe für die auf Gefangenenschaft Entlassenen. Es wurde beschlossen, den bedürftigen verheirateten Gefangenen, die nach Friedensschluß zurückgekehrt sind je 40 Mr. zu bewilligen. 8. Betrifft Bewilligung der Mittel für Anschluß der von Emil Dickschäfer errichteten Wohnhäuser an die Gas- und Wasserleitung. Die Mittel werden bewilligt. 9. Besprechung über die Finanzlage der Gemeinde, und Beschlußfassung über die Erhebung einer 5. Rate Gemeindesteuer. Der Beigeordnete gab ein klares Bild unserer Finanzen. Mit einer Mehreinnahme von 35000 Mr. traten wir ins neue Jahr ein. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 3030418 Mr. wozu noch zu erwartende Zahlungen von 990000 Mr. kommen. Die Ausgaben sind derart, daß circa 50000 Mr. Mehreinnahme verbleiben. Hierüber gehen noch Beträge für noch zu leistende Zahlungen ab. Man einigte sich von der Erhebung einer 5. Steuer rate abzusehen und will bei der Kass. Landesbank einen Kredit von mindestens 100000 Mr. eröffnen lassen. Außerdem wurde beschlossen, daß die auf verschiedene Fonds noch stehenden Spartasengelder im Betrage

von 53000 Mr. im Nothfalle abgehoben und nachher wieder ergänzt werden können. 10. Die Regierung ersucht die Erhöhung der Amtszulage auf tausend Mr. welche laut Beschluß der vorigen Sitzung persönlich auf den jetzigen Stelleneinhaber lautete, überhaupt für die Rektorstelle zu bewilligen. 11. Genehmigung der letzten Holzversteigerung. Diese Versteigerung hatte ein Ergebnis von 29161 Mr. Durchschnittlich kosteten 100 Bellen = 800 Mr. Die Versteigerung wird genehmigt. Hieran anschließend wurde beantragt, die baldige Anweisung und Abfuhr des den Einwohnern zugewiesenen Scheitholzes möglich zu beschleunigen, da auf diese Weise ja auch ein schönes Stämmchen in die Gemeindefasse fließt. Herr Seeger sprach sich für die Bekämpfung der Schnacktenplage aus und gab in Anregung, man möge für die folgenden Jahre einen Mann, vielleicht einen Kriegsbeschädigten, mit dieser Funktion betrauen. Die Holzhauser hatten sich an die Gemeinde gewendet um kostenlose Ueberlassung eines halben Klafters Holz. Dies wurde genehmigt unter der Voraussetzung, daß sie auf den Bezug des durch die Gemeinde bewilligten halben Klafters zum festgesetzten verbilligten Preise verzichten. Herr Wörner führte aus, daß die Herabsetzung der Kartoffelmengen von 7 auf 5 Pfund für die Kartenbesitzer 3 Wochen zu früh eingelegt habe. Diese Maßnahme entstand durch einen entschuldigten Irrtum des Bürgermeisters. Es wird versucht die betreffenden Bezüge durch Ueberlassen von Hülsenfrüchten zu entschädigen. Zum Schluß führte Herr Florreich noch aus, daß eine neue Feuerlösch- Polizeiverordnung für das ganze Reich zu erwarten sei. Jede Gemeinde habe nach dieser Verordnung eine organisierte Feuerwehrkolonne gegen Bezahlung zu unterhalten.

Das Wohltätigkeitskonzert vom hiesigen Männergesangsverein das zum Besten der bedürftigen Konfirmanden der hiesigen Gemeinde im Saale „zum Adler“ am Sonntag stattfand fand vielen Beifall. Man schreibt uns darüber eine längere Abhandlung, die aber so umfangreich ausgefallen ist, daß wir es uns versagen müssen dieselbe im ganzen Umfang zu veröffentlichen und einige Kürzungen vornehmen müssen da im anderen Falle, die ganze Zeitung voll davon geworden wäre. Der Einsender hat es eben zu gut gemeint. Der I. Vorsitzende des Vereins, Herr Ludwig Rod, begrüßte die Anwesenden in kurzer trefflicher Ansprache und erläuterte den Zweck der Feier nochmals kurz. Als erster Chor kam sodann die Condiotion „Die Desper von Bethoden, zum Vortrag. Wie Orgelton erklang das zarte Piano, man merkt, es der Leiter des Chores, Herr Wilhelm Kuhl, hatte die Sänger vollständig in seiner Gewalt. Auch das zweite Lied „Die Sonne sank“ von Seidl, wurde gut vorgetragen. Einen Genuß stellten die Darbietungen des Mandolin-Klub Tannhäuser dar, die mit 5 Mandolinen und 5 Gitarren drei exakt eingelebte Stücke zu Gehör brachten. Ein alter, weit über Vierzig hinaus bekannter Sänger Herr Theodor Mayer, der in seinen jungen Jahren die Herzen so oft durch seinen schönen Gesang erfreute, zeigte auch hier wieder sein Können und sang mit Begeisterung ein Lied aus „Far und Zimmermann“. Wie feierlich war das Bild, der Herr im silbernen Haare mit seinem klangvollen Bariton. Als Enlage trug Herr Kiffing ein Couplet „Der kranke Michel“ vor und wurde mit reichem Beifall belohnt. Der erste Teil des Programms fand seinen Abschluß mit dem einaktigen Schwanke „Drillinge“, dessen einzelne Rollen mit Fleiß und Eifer studiert waren. Fräul. Stiel als junge Hausfrau, die war ganz entzückend. Frä. Wahl als „alte Jette“ eine Hausangestellte, war auch vorzüglich in der Darstellung und erregte große Heiterkeit. Die Herren Kaiser und Wörner sowie auch Herr Göb waren ausgezeichnete Darsteller. Die tiefe Bassstimme gab letzterem ein recht natürliches Wesen. Mit tosendem Beifall wurden die Darsteller immer wieder auf die Bühne gerufen. Die II. Teil eröffnete der Chor mit dem „Morgenlied“ von Rietz, einer Schöpfung, die an Dirigent und Sänger die höchsten Anforderungen stellt. Lautlose Stille herrschte im Saal, so daß das feine Piano des ersten Teils gut zur Geltung kam. Sicher wurden die schwierigen Stellen überwunden, die Augen der Sänger waren wie an ihren Meister gebannt und mit wuchtiger Stärke erklang der Schluß: „Schöne Erde, nun wache auf!“. Wirklich, eine Leistung, wie man sie selten findet, und die man in Unbetracht dessen, daß der Verein viele gute Stimmen in dem Kriege verloren hat und mancher gute Sänger durch besondere Verhältnisse der heutigen Zeit verhindert ist, die Proben zu besuchen, besonders hoch anschlagen muß. 5 Mitglieder des Mandolin-Klub Tannhäuser trugen 3 weitere Lieder vor, die großen Beifall fanden. Das Duett „Von Dir“ war wohl an eine ungünstige Stelle im Programm gesetzt worden, denn die jugendlichen Sänger, die beide über sehr schöne Stimmen verfügen, konnten in der ersten Strophe keinen rechten Ausgleich finden, legten aber mit der zweiten Strophe bereites Zeugnis ihres Könnens ab. Das Couplet „Der fliegende Windmüller“, von Herrn Kiffing gut vorgetragen, setzte die Lachmuskeln der Zuhörer in Bewegung. Zwei allerliebste Volkslieder: „Immer, immer sing ichs wieder“ und „Ich höre ein Vöglein pfeifen“ bildeten den Schluß der Chorvorträge, und man konnte von ihnen sagen „Ende gut, alles gut!“. Nach einer kurzen Pause begann die Ausführung des vieraktigen Schwanke „Unsere Pauline“. In den Hauptrollen waren die Damen Frä. Erna Schüller und Frieda Sternberger und die Herren Karl Mai und Wilhelm Kiffing beschäftigt. Frä. Schüller als junge Ehefrau gefiel sehr, und ebenso Frä. Frieda Sternberger als Dienstmädchen. Auch die beiden Damen Frä. Hedwig Schneider und Frieda Will als ältere Frauen wußten ihren Rollen die gute Seite abzugewinnen. Frä. Lina Sternberger als verliebter junger Bäckisch war recht gut. Herr Kiffing spielte auch diesmal seine Rolle als Einjähriger mit Vollendung. Herr Karl Mai war schon mehr dabei und machte seinen Ruf aller Ehre. Herr Hugo Freitag als Dr. Rathemann war ernst, wie es einem Helfer und Tröster zukommt. Herr Emil Hofmann als Weinhändler mit einer erwachsenen Tochter gab sich

sehr geschickt als älterer Herr. Die komische Figur, die Herrn Franz Schenkelberg in der Rolle des Herrn Lammchen zu gefallen war, machte einen humorvollen Eindruck und gelang ihm vollkommen. Als Portier Hofmann zeigte Herr Karl Wahl, daß auch er Verständnis für die Schauspielkunst hat und verdient mit den übrigen Herren W. Schäfer und Fritz Wedel als Schulleute und Herrn Karl Mayer als Dienstmann ein schallendes „Bravo“! Die Herren August Sternberger und Johann Schreiner, die mit der mühevollen Aufgabe des Einübens der Theaterstücke betraut waren, dürfen nicht unerwähnt bleiben und verdienen ein anerkennendes Lob. Der Männergesangsverein lebt noch und ist auf dem besten Wege, wieder das zu werden, was er vor dem Kriege war. Herr Brühl der Adlervirt hatte den Saal des wohltätigen Zweckes weichen gratis zur Verfügung gestellt was hier noch ganz besonders anerkannt werden soll.

Das Wohltätigkeitskonzert des Gesangsvereins frohsinnig hatte einen netten Reinertrag. Es wurden abgeführt für die Kriegserwitwen 495 Mk. für die Konfirmanden 400 Mk. für die Kommunikanten 200 Mk.

Wetterbericht.

3.—4. Früh leichter Reif, darauf zunehmend kälter, Temperatur mild, Wind und Niederschläge gering.

Jeder Hausbesitzer muß Mitglied des Haus- und Grundbesitzer-Vereins sein.
Geschäftsstelle Moritzstraße 5.

Rath. Kirchengemeinde.

Karfreitag.

9 Uhr Beginn der hl. Zeremonien und Predigt.
8 Uhr Kreuzwegandacht.

Karfreitag.

8 Uhr Amt, vorher Weihe des Ostersäckers und der Osterkerze.
8 Uhr abends Auferstehungsfeier.

Bekanntmachungen.

Verteilung von Zuckerarten.

Am Donnerstag, den 1. April werden Zucker- und Brotkarten ausgegeben. Jeder Haushalt muß seine Karten persönlich abholen.

Bierstadt, den 31. März 1920.

Kartenausgabestelle.

Betrifft: Zucker-Verteilung.

Der Zucker für Monat März kann auf die heute zur Ausgabe gelangenden Zuckerarten sofort in den Kundengeschäften bezogen werden. Auf jede dieser Karten werden 1½ Pfund ausgegeben. Der Preis für das Pfund beträgt 1,50 Mk.

Betr. Fleisch-Verteilung.

Am Samstag, den 3. d. Mts. wird bei den Metzgern Adler, Levy und Mayer hieselbst frisches Fleisch ausgegeben.

Auf den Kopf der Versorgungsberechtigten entfallen 140 Gramm; auf Kinderkarten werden nur 70 Gramm ausgegeben.

Außerdem können die Inhaber der Brotkarten Nr. 1501 bis höchste Nr. je 50 Gramm frische Wurst bei dem Metzger Kleber beziehen.

Dann gelangt am Samstag nachmittag ab zwei Uhr auf der Freibank noch vollwertiges Schweinefleisch zur Verteilung. Bezugsberechtigt hierfür sind die Inhaber der Brotkarten Nr. 130 bis Nr. 350 mit je 125 Gramm solange der Vorrat reicht.

Der Preis für das Fleisch beträgt pro Pfund 6,50 Mk. für die Wurst pro Pfund 5.— Mk. Der Preis für das Schweinefleisch ist zur Stunde noch nicht bekannt; er wird vor Beginn des Schweinefleischverkaufs durch Aufschlag an der Freibank bekanntgegeben.

Die Ausgabe des Fleischscheins erfolgt auf Feld 1—6, die des Schweinefleischscheins auf Feld 1—5 und die der Wurst auf Feld 7 und 8 des gültigen Wochenabschnittes der Fleischkarte.

Reihenweiser Verkauf.

Inh. der Brotkarten Nr. 1201 bis Nr. 1500 v. 8—9 Uhr	
" " " " 1501 " höchste Nr. " 9—10 "	
" " " " 1 " Nr. 400 " 10—11 "	
" " " " 401 " " 800 " 11—12 "	
" " " " 801 " " 1200 " 12—1 "	

Am Samstag, den 3. d. Mts. vorm. von 8—10 Uhr wird im unteren Rathausfoale noch Dosenmilch ausgegeben. Bezugsberechtigt sind die Kinder bis zu 2 Jahre mit einer Dose Vollmilch und die Kinder von 2—5 Jahre mit einer Dose Magermilch.

Bierstadt, den 1. April 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Auf Grund der Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten wird folgende Anordnung erlassen:

§ 1. Es ist untersagt, ohne vorherige Bestimmung der Gemeindebehörde:

a. Räume oder Teile von Gebäuden abzubauen,
b. Räume, die bis zum 18. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, zu anderen Zwecken insbesondere als Fabrik, Lager, Werkstätten, Dienst- oder Geschäftsräume zu verwenden.

§ 2. Der Verfügungsberechtigte hat

a. unverzüglich Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik, Lager, Werkstätten, Dienst- oder Geschäftsräume oder sonstige Räume unbenutzt sind,
b. dem Beauftragten der Gemeindebehörde über die benutzten Wohnungen und Räume sowie über deren Vermietung Auskunft zu erteilen und ihm die Besichtigung zu gestatten.

Als ungenutzt gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie völlig leer stehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne Härte zugemutet werden kann.

§ 3. Gemäß § 10 der Bundesratsverordnung vom 23. September 1918 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft

1. Wer dem Verbote des § 1 dieser Anordnung zuwiderhandelt,

2. Wer der Anordnung des § 2 zuwider vorsätzlich eine Anzeige oder eine Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder eine Besichtigung nicht gestattet.

§ 4. Diese Anordnung tritt mit Bekanntmachung in Kraft.

Bierstadt, den 21. Juni 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Vorstehende Anordnung wird hiermit wiederholt mit dem Hinzufügen bekanntgegeben, daß in Zukunft diejenigen Wohnungsinhaber, welche oben genannten Vorschriften nicht pünktlich nachkommen, unweigerlich in Strafe genommen werden. Außerdem erfolgt sofort zwangsweise Vermietung.

Die Anmeldung der leerstehenden Wohnung hat beim Wohnungsausschuß (Zimmer 7 des hiesigen Bürgermeistersamtes) zu erfolgen, ebenso haben sich Mieter, die eine Wohnung suchen daselbst zu melden.

Ferner muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß Besitzer freistehender Wohnungen, welche die Aufnahme von Wohnungsuchenden verweigern, namentlich wenn ihnen solche vom Wohnungsausschuß zugewiesen sind, gemäß § 3 a. a. O. in Strafe genommen werden müssen.

Bisher wurde noch etwas Nachsicht geübt, doch ist dies auf die Dauer bei dem großen Wohnungsmangel unmöglich. Die Not heischt unbedingte Inanspruchnahme aller verfügbaren Räume, die einigermaßen als menschliche Wohnung dienen können.

Eine Mahnung zur Anmeldung der Wohnungen ergeht nicht, sondern es erfolgt bei Feststellung nicht angemeldeter Räume sofort Anzeige bei der Staatsanwaltschaft durch das Mieteinigungsamt auf Grund der bezgl. des Wohnungsmangels erlassenen Gesetze und Anordnungen.

Bierstadt, den 30. März 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Einladung.

Wir laden unsere Mitglieder auf Samstag, den 10. April d. J., abends 8 Uhr in das Gasthaus „Zum Adler“ zur

ordentlichen Generalversammlung

hiermit ergeben ein und bitten um zahlreiches Erscheinen.

Tagesordnung.

1. Bericht über 1919er Jahresrechnung und Bilanz.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Verwendung des Reingewinns.
4. Vorlag des Revisionsberichts.
5. Ergänzungswahlen des Vorstandes und Aufsichtsrates und Wahl eines Direktors.
6. Berichtsabrechnung.

Jahresrechnung und Bilanz liegen von heute an bis zum Tage der Generalversammlung in dem Hause des Rentmeisters offen.

Bierstadt, den 29. März 1920.

Landw. Consumverein e. G. m. u. Gastpf.
zu Bierstadt.

A. Stiehl II.

K. Schild III.

Männer-Gesang-Verein, Bierstadt.

Samstag, den 4. April er. abends 7½ Uhr findet im Gasthaus zur „Stadt Wiesbaden“ (bei Karl Klein) hier eine Besprechung des Vergnügungsausschusses statt, wozu die Herren Ausschußmitglieder eingeladen werden, mit der Bitte um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Der Vorsitzende: J. Schreiner.

Freie Turnerschaft Bierstadt.

(Mitglied des Arbeiter-Turner- und Sport-Bundes).

Am Samstag den 3. April abends pünktlich 8 Uhr findet im Gasthaus „Sambirius“ eine

Mitgliederversammlung

mit wichtiger Tagesordnung statt.

Pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand



Arbeiter-Madefahr-Verein „Vorwärts“ Bierst.-dt.

Donnerstag, den 5. April (2. Osterfesttag) Familien-Ausflug nach Breckengrün, anschließend zum Sportplatz der Wallauer Genossen. Abmarsch und Treffpunkt 12½ Uhr an der Jagdaderstraße.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Damenstiefel
und Halbschuhe neu Gr. 41
zu verkaufen. Variet 8, v.

Frau
für Gartenarbeit gesucht.
Gärtnerin Apel.

Bügelmädchen
gesucht. Sandbachstraße 4.

Bohnen-
stangen
sind zu haben bei

Paul Christ,
Erbenheim, Telefon 4458.

Karbid, Karbid-

lampen eign. Karikat
Kaffeebrenner, Gaslamp, Brenner,
Zgl., Glühkörper, Gaslöcher und
Schläuche, Brat- und Backhauben,
Badewannen, Bade-Ofen, Zapf-
heime, Esstischdecken, Gas- und
Wasserschläuche zu verkaufen.

Krause, Wiesbaden,
Wellrichstraße 10.

Kernseife

Ia Qualität

6.90.

F. Zimmermann
Wiesbaden, Kirchgasse 29.

Bin vom 1. April ab unter Nr. 6466 Wiesbaden angeschlossen (bisher 2289).

Komme wie bisher regelmäßig Dienstag und Freitag nach hier und bitte Bestellungen bis längstens 9 Uhr morgens bei Herrn Rosenthal, Vordergasse abzugeben oder telephonisch nach Erbenheim.

E. Ochs, Tierarzt.

Nassauische Landesbank. Nassauische Sparkasse.

Die Zahlung der Hypothekenzinsen

welche am 31. ds. Mts. fällig sind, hat seitens unserer dortigen Darlehensschuldner in der Zeit

vom 1. bis 25. April 1920

bei unserer Sammelstelle Bierstadt Wiesbadenerstr. 5 zu erfolgen.

Spätere Zahlungen können nur bei unserer Hauptkass. entgegengenommen werden.

Der Verwalter der Sammelstelle ist zur Quittungsleistung berechtigt; er ist auch zur Amtsverschwiegenheit besonders verpflichtet.

Wiesbaden, den 26. März 1920.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Prima

Rauchtabak

Mittelschnitt, 100 Gramm Mk. 4.50.

Tabakhaus Roth,

Wiesbaden, Michelsberg 3

Einstamp- und Altpapier

kauft zu besten Preisen jeden Posten

Althandlung Adler,

Wiesbaden, Wellrichstr. 21, Telefon 3930

Postfachkonto 19659.



Garten- und Feldgeräte

aller Art in großer Auswahl

Süd-Kaufhaus,

Wiesbad., Ecke Moritz- u. Gerichtstr.

Achtung!

Konfirmanden - Kommunikanten!

verlaufen Sie sich nicht zur Konkurrenz.

Sie erhalten ständig Kunstdruck - Vergrößerungen in Mappe Ihres eigenen Bildes.

Wiesbad., Friedrichstr. 14. **Kurtz**

Hof-Fotograf